

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Älteste Wiesbadener Zeitung

Bezugspreis: monatlich 1.20 M., vierteljährlich 3.60 M., durch die Post 4.20 M. Beleggeld wird besonders erhoben. Einzelnummer 20 Pf. Im Falle höherer Gewalt, Streik, Auslieferung, Vertriebsstörung hat der Abonnent keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückerstattung des Bezugs.

Ämtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Nikolaistr. 11. Fernruf Nr. 5915 und 5916. — Anzeigenpreis: Die 54 mm breite Zeile 60 Pf., die 32 mm breite Zeile 40 Pf.; anderthalb: 75 Pf. 4. — Ausland 2. — Deutscher Anzeiger Nr. 11. Sonntagsbeilage 15 Pf. pro 1000.

Nummer 453

Dienstag, 28. September 1920.

74. Jahrgang

Wahlfreistagung der Deutschen Volkspartei in Weilburg.

Weilburg, die wunderherrliche Lohnstadt, bei deren Anblick das Herz jedes Kassaners in hoher Freude über das köstliche, einladende Landschafts- und Stadtbild höher schlägt, sah am Samstag und Sonntag die Abgeordneten und Vertreter des 21. Wahlkreises der Deutschen Volkspartei zu einer bedeutungsvollen Tagung vereint. In überaus großer Zahl waren aus allen Bezirken der Provinz Hessen-Nassau und aus Waldeck die Frauen und Männer herbeigeeilt, um die politische Lage und die Aufgaben der Partei zu besprechen und um die Beschlüsse der Organisation zu behandeln und für die Parteivorbereitung in Hannover ihre Wünsche zu formulieren. Die Abgeordneten Geheimrat Dr. Nieker und Landwirt Dr. v. Deyn nahmen an den Besprechungen teil, die den ganzen Samstag und Sonntag Vormittag in Anspruch nahmen, während am Nachmittag im überfüllten Saalbau Abgeordneter v. Kardorff in glänzender Rede die Lage behandelte.

Der Vertretertag wurde vom Wahlkreisvorsitzenden, Mittelschullehrer Landgrebe (Frankfurt) geleitet und ergab nach ausgiebiger Erörterung der schwebenden Fragen eine vollständige Ueberprüfung der Ansichten der Versammlung. Der Wahlkreisvorsitzende wurde wiedergewählt und die Wahl der Vertreter für den Reichsparteitag bestimmt. Einen Rückblick auf die Reichstagswahlen gab Herr Landgrebe und über die Haltung der Reichsopposition referierte Schulinspektor Schwarzhaup, während Geheimrat Nieker wertvolle und interessante Ausführungen über die bisherige Tätigkeit der Fraktion in der Regierung und im Parlament gab und Abgeordneter Dr. v. Deyn über die hiesigen wirtschaftlichen Probleme der Zeit sprach. An der überaus anregenden Aussprache nahmen bedeutende Ausführungen der Herren Passavant (Mittelhadergasse), Dr. Becker (Kassel), Amtsgerichtsrat Dr. Lohmann (Weilburg) und anderer Vertreter wertvolles Material für die anzuwendenden Abgeordneten. Eine Reihe von Wünschen wurde durch sie an die Parteileitung gerichtet, deren Eintritt in die künftige Arbeit der Partei als gemeinsamer Wunsch und Anforderung, daß der Wahlkreis Hessen-Nassau nicht zurückbleiben wird.

Die gesamte Tagung war in ungewöhnlich eindrucksvoller Weise von der Einmütigkeit des Willens, einer starken Arbeitsfreudigkeit und dem Glauben an die weitere Ausbreitung der verjüngenden und aufbauenden Gedanken der Partei erfüllt, deren Tätigkeit und Arbeit die Billigung der Vertreter des Provinzialverbandes fand. Die vorbildliche Gastfreundschaft der Weilburger Freunde, die unter der Leitung des bewährten hervorragenden Parteikämpfers Dr. Lohmann eine Musterorganisation an der oberen Lohn geschaffen haben, ward gebührend gefeiert, eine gesellige Zusammenkunft zeigte die Stärke des Zusammenhalts der aus allen Schichten der Bevölkerung bestehenden Organisation.

Auf Einzelheiten und auf die allmählich verlaufene Versammlung am Sonntag konnten wir noch ausführlich zurück. In ihr wurde unter lebhaftem Beifall der Anwesenden folgende Entschliessung einstimmig angenommen:

„Die im Anschluß an den Vertretertag der Deutschen Volkspartei von Hessen-Nassau am 28. Sept. 1920 im Saalbau in Weilburg abgehaltene große öffentliche Versammlung erklärt unter voller Zustimmung zu den Ausführungen des Reichstagsabgeordneten Landgr. a. D. v. Kardorff:

1. Wir haben volles Vertrauen zu der Führung der Partei und der Haltung der Fraktion im Reichstag und in der preussischen Landesversammlung.

2. Wir verlangen die schnelle Auflösung der preussischen Landesversammlung, die in ihrer Zusammenfassung nach dem Ergebnis der Reichstagswahlen dem politischen Willen des preussischen Volkes ebenso wenig entspricht wie die gegenwärtige preussische Regierung.

3. Wir erwarten von der Regierung nach außen eine solche der Sammlung und der Förderung der Ordnung und der ethischen Arbeit.

4. Nur im Zusammenwirken aller Staatsbürger, die unter härtester Bekämpfung der überwuchernden Selbstsucht, Genußsucht und Alkoholfresser alle Kraft in den Dienst des Vaterlandes zu stellen gewillt sind, sehen wir die Möglichkeit, Deutschland vor dem drohenden Untergang zu bewahren.“

Abg. Dr. Kalle überbrachte, der verhindert war an der Tagung teilzunehmen, landesweite Wünsche und folgendes Begrüßungsgratulation: „Bereit von dem Eindruck gewaltiger Ausdehnung des bayerischen Bürgerturns und erfüllt von dem heißen Wunsch, daß kraftvolle Einigung der gesamten deutschen Bürgerturns und retten möge, grüßt die Parteifreunde Kalle.“

Landesfestlichkeiten in München.

München, 27. Sept. Gelegenheit des gestern eröffneten Landesfestes der Einwohnerwehren fand vormittags ein Fest auf dem Königsplatz statt. Ministerpräsident v. Kahr führte dabei aus, daß in Bayern schwerer Not beherzte, um das Wohl des Vaterlandes trotz befehlender Männer ohne Unterschied von Beruf und Partei zusammenzutreten, um als eine Volkswehr Haus und Hof zu schützen. Die Einwohnerwehren seien getragen von der hohen und heiligen Pflicht, daß jeder Wehrmann seine ganze Persönlichkeit und das Leben einsetze für die Aufrechterhaltung der staatlichen Ordnung. — Der Landesoberhauptmann der Einwohnerwehren Bayerns, Eichrich, hob hervor, daß die Wehren ihr Ziel auf aerodem Weite, ohne nach rechts oder links zu sehen, weiter verfolgen würden zum Behn des bayerischen und des deutschen Vaterlandes. Was sie erreicht hätten, das sei es, daß in Bayern der Umsturz es nicht mehr gewagt habe, sein Haupt zu erheben.

Die Königsberger Messe.

Königsberg, 27. Sept. Gestern Vormittag wurde die erste deutsche Messe mit einem Festakt im Tiergarten eröffnet, dem Reichspräsidenten Ebert, Reichswirtschaftsminister Scholz, der preussische Handelsminister Fischbeck und andere Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden beizuhöhen. Als Vertreter der Handelskammer sprach Konsul Herr, Johann Oberbürgermeister Lohmeyer, worauf ein Rundgang durch die Messe erfolgte. Der Oberbürgermeister wies in seiner Rede auf die Rolle Ostpreußens gegenüber dem Osten hin.

Rede des Reichspräsidenten in Königsberg.

Königsberg i. Pr., 26. Sept. Bei einem Empfang der Vertreter der Königsberger Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden durch den Reichspräsidenten, dem auch Reichswirtschaftsminister Scholz und Vertreter der preussischen Staatsregierung beizuhöhen, hielt der Reichspräsident folgende Ansprache:

„Unsere Messe nach Ostpreußen war und eine Pflicht. Es ist unsere Aufgabe, durch eigene Inanspruchnahme und persönliche Beziehungen mit den verantwortlichen Männern in den verschiedensten Gauen des Reiches und zu überneuen von dem, was geschehen muß, um ein geschlossenes einheitliches Handeln in unserem Vaterlande zu erwecken. Der Besuch in Ostpreußen war uns eine besondere Pflicht nach dem herrlichen Bekenntnis, das Ostpreußen für die deutsche Nation als ein Stück des Reiches abgelegt hat. Es ist mir eine große Freude, gerade in diesem Kreise die Gelegenheit zu haben, dafür die Anerkennung und den Dank des Reiches zum Ausdruck zu bringen. Fast unfaßbar ist der Gedanke, daß die so ferndeutsche Provinz, diese so tatkräftige Bevölkerung vom Reich abgeschnitten worden ist. Wir wissen, welche wirtschaftlichen Konsequenzen diese Abschnürung für Ihre Heimatprovinz ist. Sie dürfen sich nicht vorstellen, daß die Reichsregierung sowohl wie die preussische Staatsregierung alles tun und einsehen wird, um Ihnen bei Ihrer schweren Arbeit und den schweren Kämpfen in Ostpreußen Erleichterungen zu verschaffen und die wirtschaftliche Entwicklung sowie die Verkehrsverhältnisse möglichst zu fördern und zu sichern. Wie wir auch politisch stehen, das Eine sollten wir Deutsche in dieser furchtbaren, entsetzlichen Not erkennen, daß es aus dieser Lage keinen anderen Ausweg gibt, als die einmütige Zusammenfassung aller Kräfte, die es ernst meinen mit unserem Vaterlande und unserer Zukunft. Wenn wir auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete in den großen Lebenskämpfen unseres Volkes uns zu einer Front zusammenschließen, brauchen wir nicht zu verzagen, dann werden wir durch Tätigkeit und Fleiß schließlich auch über dieses Unheil hinwegkommen und unseren Kindern eine glücklichere Zukunft sichern.“

Reichswirtschaftsminister Scholz.

Der Reichswirtschaftsminister Scholz hielt bei der Eröffnung der Messe in Königsberg eine Rede, in der er unter anderem ausführte:

„Ich darf jedenfalls meinen und der Reichsregierung besten Willen dokumentieren, alles zu tun, um die treue Provinz Ostpreußen fest und fest an das Reich zu ketten. Auch im Reich der Republik darf es gehalten sein, hier an der Wiege des Nationalismus der Verbundenheit zu denken, die die Hohenzollern um das Reich und um Ostpreußen gehabt haben. Wir als altem Ostpreußenmeister liegt es besonders am Herzen, hier auch der Verdienste zu gedenken, die sich Königsberg als Wiege der Selbstverwaltung erworben hat. Das Werk des Freiherren vom Stein hat Deutschland erobert und hat die deutschen Städte zu Kulturträgern ersten Ranges gemacht, um die uns die Welt beneidet. Als wir vor zwei Monaten in ungeborener schwieriger, beklügender Verhandlung in Spa standen, war die einzige und dafür umso herlicherer Freude der Moment, als das Abstimmungsergebnis von Ostpreußen in Belgien zu unseren Ohren drang. Ich glaube, ganz Deutschland hat seit Beginn des Krieges einen solchen innerlichen Jubel nicht mehr erlebt, wie an dem Tage, an dem wir feststellen konnten, daß Ostpreußen und seine Bevölkerung in zäher Treue am deutschen Vaterlande hingen und sich als deutsche aller deutschen, als preussische aller Provinzen Preußens erwiesen hat. Dafür den Dank der Reichs- und der Staatsregierung hier öffentlich auszusprechen, ist mir eine liebe Pflicht.“

Das oberste Reichliche Zentrum.

Gelmitz, 27. Sept. Gestern taute hier die Vertrauensmännerversammlung der katholischen Volkspartei (Zentrum) des Abteilungsbezirk Ostpreußen. Die Versammlung beschloß sich in der Hauptsache mit der oberste Reichliche Frage unter Anwesenheit der vom Vorstand der Gesamtprovinz entsandten achtzehn Entschliessung, die folgende Punkte enthält: 1. Wir bleiben bei Deutschland. 2. Wir lehnen den Nationalitätenkampf ab und erstreben die Gleichberechtigung für alle Oberländer. 3. Wir fordern die Selbstständigkeit im Rahmen der deutschen Reichseinheit, die zur Verwirklichung der Gleichberechtigung notwendig ist.

Eine andere Stellung für Ostpreußen.

Am Hauptausfluß der Landesversammlung gab der Minister des Innern die Erklärung ab, daß die Ostpreußen Reichstagswahlen vorläufig nicht beabsichtigt werden. Im Verlauf der Beratungen sprach der Minister ferner die Meinung aus, daß die dauernde Erhaltung der Grenzmark im Osten als Provinz aus finanziellen Gründen nicht möglich sei.

Bis jetzt schon 54 Milliarden für den Friedensvertrag ausgegeben.

mz. Berlin, 27. Sept.

Die „Deutsche Allg. Ztg.“ erhält von ihrem Brüsseler Vertreter einen Auszug aus dem Bericht über die finanzielle Lage Deutschlands, welcher die eigentliche Schuld des Reiches am 31. August auf 240 Milliarden Mark veranschlagt. Daneben weist er auf die Verschlechterung der Länder und Gemeinden hin, über welche hinaus noch ziffernmäßig nicht feststellende Verbindlichkeiten gegenüber der Entente zu berücksichtigen sind. Der Bericht erwähnt die bereits durchgeführte Reformen im Reichshaushalt und der freien Wirtschaft, die Endziffern des Reichshaushaltes für 1919 und 1920 und gibt die einzelnen Kosten der Aufwendungen für die Durchführung des Friedensvertrages an, welche bis zum 31. März zusammen 54 Milliarden Papiermark betragen. Gegenüber diesen Anforderungen weist der Bericht auf die Leistung hin, daß Deutschland sein Gesamteinkommen an Steuern von 5 Milliarden auf 36 Milliarden gesteigert hat, und andererseits weist er auf die ungenutzten Ersparnisse aller wirtschaftlichen Leistungen seit Beendigung des Krieges hin durch den Verlust wirtschaftlich und industriell wichtiger Gebiete, die Verkürzung des Arbeitsmarktes und den Mangel an Rohstoffen und Nahrungsmitteln, welche nicht einmal den allerbedingten Notbedarf decken. Solange aber Deutschland eine derart passive Handelsbilanz hat, wie jetzt, ist ein Aufstieg nicht zu denken, denn in den ersten Monaten des Jahres 1920 hat die Einfuhr 4,8 Milliarden Mark mehr betragen als die Ausfuhr.

Das Programm Lengues.

Paris, 26. Sept.

Am Samstag gab der neue Ministerpräsident Lengues im Namen der Regierung eine programmatische Erklärung ab, in der es u. a. heißt:

„Das Ministerium, das sich Ihnen vorstellt, ist aus Männern zusammengesetzt, welche die ererbten Mitarbeiter der Politik Millierands waren. Ich werde Millierands Programm und sein Werk weiter fortsetzen. In der inneren Politik: Verteidigung der Freiheiten und der Gerechtigkeit, Festigung und Verbesserung der republikanischen Einrichtungen, Verwirklichung der sozialen Reformen, Einlösung der Schuld, die wir unseren Kriegsverletzten und den Familien unserer Toten gegenüber eingegangenen sind. Abklärung der Reiden der verarmten Gebiete durch Beschleunigung des Wiederaufbaues. Förderung der produktiven Tätigkeit des Landes durch alle Mittel, Verwaltung unserer Finanzen mit der ärmsten Sparamkeit. In der auswärtigen Politik fordern wir die strikte Durchführung der Verträge. Wir werden keines unserer Rechte veräußern lassen. Wir wollen aus dem Völkerbund einen ständigen mächtigen Organismus machen. Wir wollen eine Armee und eine Marine bilden, die ein Faktor unserer Politik sind, und wir wollen unser Prestige auf der Höhe halten. Jetzt ist die Stunde, den Prozeß zu beenden, den Frankreich jahrhundertlang geführt hat und der so schwer auf seinem nationalen Leben gelastet hat.“

Der Präsident der Kammer teilte darauf mit, daß zwei Anfragen eingebracht wurden, die eine über die allgemeine innere Politik der Regierung und besonders über die Politik gegenüber den Arbeiterorganisationen, und die zweite über die allgemeine auswärtige Politik. Der uniserte Sozialist Brade beendete die Anfragen. Seine Ausführungen wurden durch den Vorn der ihm widersprechenden Abgeordneten unverständlich gemacht. Nach Brade sprach der Sozialist Vothien. Auch er wurde dauernd unterbrochen. Darauf erwiderte der Ministerpräsident das Wort. Er erklärte, daß er auch gegenüber Ausland die Politik Millierands fortsetzen werde. Auf den Vorwurf der Linken gegen die alte Regierung, sie habe gegenüber den Arbeiterorganisationen eine Politik der Unterdrückung getrieben, erwiderte der Ministerpräsident, daß die Kammer die Politik Millierands stets beibehalten habe. Er mahnte zur Einigkeit und richtete: Diese Mahnung besonders an die Linke.

Die Kammer sprach darauf mit 507 gegen 80 Stimmen der neuen Regierung ihr Vertrauen aus. Die außerordentliche Tagung wurde darauf geschlossen.

Wiens Anschlussbegehren.

Wien, 27. Sept.

Die bürgerliche Arbeitspartei und die Demokraten, die den Grafen Czernin beabsichtigen, den Professor Hoffmeister zu ihren Vizepräsidenten ernannt haben, schloßen ein Wahlbündnis an mit der Verpflichtung, einander keinen Kandidaten entgegenzustellen. So ist — schreibt die „Neue Freie Presse“ — die Grundlage für eine große Partei geschaffen, deren äußere Politik das unbedingte Festhalten an dem Gedanken des Anschlusses an Deutschland kennzeichnet.

Danzig und Polen.

Danzig, 26. Sept. Auf eine von der Danziger Delegation nach Paris gerichtete Anfrage, wann die Einladung an die Konferenz über den Vertrag mit Polen zu erwarten sei, ist aus Paris die Nachricht eingetroffen, daß eine amtliche Einladung noch an keinen der beiden Teile gerichtet worden sei, daß aber die polnische Delegation ohne Auforderung sich in Paris einfinden habe und daß daher nichts die Danziger Delegation verhindere, ebenfalls in Paris zu erscheinen. Darauf hat sich die Danziger Delegation entschlossen, am Montag Abend nach Paris abzureisen.

Dampfschiffverkehr: Bernhard Grothus.
Verantwortlich für deutsche u. auswärtige Politik: B. Grothus; für Kunst,
Bücherei, Unterrichts- u. volkswirtschaftl. Teil: B. C. Eisenberger;
für Stadt- und Landbaufragen, Gericht und Sport: Heinz Gorenz;
für die Angelegen: Joh. Bahler; und u. Verlag der Wiesbadener
Verlags-Anstalt H. m. v. O., sämtlich in Wiesbaden.

